

Sie kamen aus dem „Stahlhelm“

Frühe Kampfgenossen Hitlers, die früh in den Widerstand gingen

Ekkehard Klaus

Kürzlich beschloss die Stadt Neuss, eine Straße nach ihrem ehemaligen Landrat Ferdinand von Lüninck zu benennen, der 1944 als Widerstandskämpfer in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. Die Fraktion „Die Linke“ im Stadtrat protestierte: Lüninck habe in der Weimarer Republik gegen die parlamentarische Demokratie, gegen das gleiche Wahlrecht sowie gegen Juden und Liberale gehetzt. Als vom NS-Regime eingesetzter Oberpräsident von Westfalen habe er sich an der Unterdrückung Andersdenkender beteiligt.

Das ist wohl wahr. Lüninck war ein prominentes Mitglied des rechtsextremen „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“. Vier Jahre lang war er Landesführer in Westfalen und Mitglied des Bundesvorstandes. Er war nicht der einzige Stahlhelmer, der am Ende Widerstand gegen die Gewaltherrschaft leistete und sein Leben verlor. Die so gegensätzliche Verbindung Stahlhelm und Widerstand ist weder Zufall noch Einzelfall, sondern der nationalkonservative Widerstand stammte weitgehend aus dem militaristischen, radikal antidemokratischen, antiliberalen, antimarxistischen sowieso und auch antisemitischen Milieu. Der kompromisslose Kampf gegen das Weimarer „System“ der „Novemberverbrecher“ war das Panier, und in diesem Kampf waren die späteren Widerständler aus dem Stahlhelm sehr viel erfolgreicher als im Widerstand.

Wir wollen uns mit der Frage beschäftigen, wann sich ihre Wege von denen des NS-Regimes trennten, wann sie das Unheil erkannten und welche Konsequenzen sie daraus gezogen haben. Das Interesse an dieser Frage ist ein doppeltes: Zum einen hat jeder Widerstandskämpfer als Individuum ein gedenkendes Interesse verdient. Zum anderen mag ein Vergleich der Lebenswege der Stahlhelmer im Widerstand typische mentale Strukturen des nationalkonservativen Widerstands sichtbar machen, sozusagen eine ideologische Krankheitsgeschichte und ihre Therapiechancen.

I. Der Stahlhelm als Mittäter der NSDAP

Der Stahlhelm war eifriger Mittäter der Nationalsozialisten bei der Beseitigung der Weimarer Demokratie. Was Hitler nach dem Reichstagsbrand tat, um Grundrechte und Parlament auszuschalten, war schon Wochen vor dem Reichstagsbrand als feststehendes Programm in der Wochenzeitung „Der Stahlhelm“ nachzulesen. Im Aufmacher des 12. Februar 1933, wenige Tage nach Hitlers Machtübernahme, dessen Arbeitsminister der Stahlhelmführer Franz Seldte geworden war, steht es ganz deutlich:

Der Stahlhelm hat aus seiner Abneigung gegen die Fortsetzung des parlamentarischen Stimmzettelspiels keinen Hehl gemacht. [...] Dass die neue Reichsregierung in jedem Fall mindestens für die nächsten vier Jahre im Amt bleiben und arbeiten will, hat sie klar und unzweideutig in ihrem Aufruf an das deutsche Volk ausgesprochen. Bringt die Reichstagswahl den hinter der Regierung stehenden Gruppen die berühmten 51 Prozent – nun gut, dann wird die Form des Parlamentarismus vorläufig erhalten werden können, weil der Reichstag dann weise genug sein wird, sich selbst auszuschalten. Kommen die 51 Prozent nicht zustande, dann wird auch die Form des Weimarer Parlamentarismus zum Teufel gehen. [...] Aber wir wollen schon heute keinen Zweifel darüber lassen, dass uns die Prozentzahlen des Wahlergebnisses für den weiteren Verlauf der Dinge völlig gleichgültig sind. Ob 40 oder 50 oder 60 Prozent, ab 6. März muss und wird autoritär regiert werden. [...] Und ab 13. März, dem Tage nach den Kommunalwahlen, muss das Wahlgeschäft endgültig und völlig aufgegeben werden. (Der Stahlhelm, 12.2.1933, Hervorhebung im Original).

Zu diesem Zeitpunkt war der Stahlhelm noch selbständig, ja sogar Konkurrent der Nationalsozialisten im Wahlkampf, mit denen er eine möglichst gleichberechtigte Koalition erhoffte. Dennoch fordert und prophezeit er hier exakt das, was Hitler plante, mit oder ohne Reichstagsbrand. Und es ist überdeutlich, was NSDAP und Stahlhelm vorhatten, wäre der Reichstag nicht so „weise“ gewesen, sich mit dem Ermächtigungsgesetz selbst auszuschalten.

Der Stahlhelm arbeitete also bei der Liquidierung der Weimarer Republik Hand in Hand mit Hitler, dem er als Teil der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ als parlamentarischer Juniorpartner endgültig in den Sattel half. Aber auch die rasch anlaufenden Menschenrechtsverletzungen der Hitler-Regierung trug der Stahlhelm mit. In seinem Wochenblatt lobt er nicht nur das Berufsbeamtengesetz, das durch den Hinauswurf von Juden und Linken Planstellen auch für hungrige Stahlhelmer schuf. Die Zeitung unterstützt außerdem nachdrücklich die Zwangssterilisierung von „Erbkranken“ und fordert die von Kriminellen gleich obendrein. Obwohl Stahlhelm und NSDAP in den vorangegangenen Jahren einander häufig als Konkurrenten beharkt hatten, passte am Beginn von Hitlers Herrschaft ideologisch kaum ein Blatt Papier zwischen beide. Mit einer Ausnahme: Juden konnten Stahlhelmer sein, wenn sie Frontdienst geleistet hatten.¹

Wie kam es nun, dass eine nicht geringe Anzahl von führenden Stahlhelmern sich zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 gesellte? Fast alle verloren ihr Leben. Allen voran der „Bundeskanzler“ des Stahlhelm, Oberst Siegfried Wagner, also der Verwaltungschef des „Bundes der Frontsoldaten“ unmittelbar hinter den beiden Bundesführern Franz Seldte und Theodor Duesterberg. Im Widerstand war mit ihm sein Adjutant beim Stahlhelm, Kraft Freiherr von Palombini; er überlebte. Der Braunschweiger

¹ Antisemitismus war dennoch im Stahlhelm weitverbreitet. Es wäre nachzuprüfen, wie viele Stahlhelmer mit jüdischer Abstammung es gab. Vermutlich zog es die meisten eher zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der zeitweilig 55.000 Mitglieder hatte. „Für den Stahlhelm war die Front die Legitimation seiner Mitglieder. Er umfasst so ganz selbstverständlich auch jeden jüdischen Frontkämpfer.“ So Theodor Duesterberg (1949: 124). In der Tat tadelte das NS-Zentralorgan *Der Völkische Beobachter* vom 1.8.1935: „Oder kann bestritten werden, dass in den Reihen des Stahlhelms Juden und Judenstämme, sogar an führender Stelle marschieren?“

Landesführer Werner Schrader nahm sich vor der Verhaftung das Leben. Hingerichtet wurde der ehemalige Oberpräsident von Westfalen, Ferdinand Freiherr von Lüninck, der den westfälischen Landesverband geführt hatte. Wie er starb Hans-Jürgen Graf von Blumenthal, Redakteur der Wochenzeitung „Der Stahlhelm“, vor der Auflösung des Bundes 1935 sogar deren „kommissarischer Hauptschriftleiter“. Gleichfalls Stahlhelm-Redakteur war Friedrich-Wilhelm Heinz, der 1938 in der Sudetenkrise Hitler festnehmen sollte und ihn zu erschießen entschlossen war. Im Kriege war er einer der aktivsten Verschwörer in der „Abwehr“. Nach dem 20. Juli konnte er untertauchen und diente nach 1945 zeitweilig mit seinem geheimen „Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst“ dem Bundeskanzleramt in Konkurrenz zur Organisation Gehlen. Schon im Sommer 1933 bildete sich im Stahlhelm-Studentenring Langemarck um Heinz, Blumenthal und Prinz Wilhelm, den Sohn des Kronprinzen, ein kleiner Oppositionszirkel, der als eine Keimzelle des späteren nationalkonservativen Widerstandes gilt (Meinl/ Krüger 1994: 45).

Stahlhelmer waren auch Stauffenbergs Vetter und Mitverschwörer im engsten Kreis, Caesar von Hofacker, sowie Hasso von Etdorf aus dem Auswärtigen Amt. Ebenso der eifrige Verschwörer Hans Bernd Gisevius, Verbindungsmann des Widerstandes zum US-Geheimdienst. Diese drei spielten in der Stahlhelm-Führung aber keine wichtige Rolle. Immerhin forderte der Stahlhelm im März 1933 die Deutschnationale Volkspartei auf, Gisevius ein Reichstagsmandat zu verschaffen.² Auch Kurt Freiherr von Plettenberg aus dem Neuhardenberger Kreis um Stauffenberg und Carl-Hans Graf von Hardenberg waren Stahlhelmer, allerdings ohne besondere Funktion, gleichfalls der nach dem 20. Juli ermordete Großlandwirt Carl Wentzel-Teutschenthal (Duesterberg 1949: 153). Eberhard von Breitenbuch, der junge Offizier, der sich im März 1944 mit einem Pistolenattentat auf Hitler opfern wollte, gehörte dem Jungstahlhelm an (Duesterberg 1949: 115). Es sollen hier aber nur die Männer des 20. Juli in Betracht kommen, die eine wichtige Rolle im Stahlhelm gespielt und dessen Ideologie und Politik mit geprägt haben.³ Vermutlich waren auch weitere Männer im Umkreis des 20. Juli Mitglieder im Stahlhelm gewesen, denn aus diesem nationalkonservativen Milieu stammte die Mehrzahl.

Hier können nur drei Stahlhelmführer näher vorgestellt werden, zwei Landesführer, Lüninck und Schrader, und der „Bundeskanzler“ Wagner.

2 Aktennotiz Graf Felix von Loe, Führer des Stahlhelm-Landesverbandes Westmark, vom 10.3.33, dass er auf Veranlassung seines Führerkollegen Mahnen an Reichsminister Hugenberg telegraphiert habe, Dr. Gisevius als Anerkennung für den durch Stahlhelm-Einsatz beeinflussten Wahlerfolg ein Mandat zuzuweisen. Archivkarton Nr. 319 des Gräflich von Loe'schen Schlossarchivs Wissen bei Weeze, „A. LV Westmark, Spezialgebiete 1. Ständige. Verbindung zu politischen Organisationen innerhalb des LV, ab 15.11.1926.“- Nachdem Gisevius sich später mit der Gestapoführung überworfen hatte, gewährte ihm der ehemalige Stahlhelmführer Frhr.v.Lüninck, inzwischen Oberpräsident in Münster, zeitweilig Unterschlupf als Regierungsrat in seiner Verwaltung.

3 Ein weiterer führender Stahlhelm-Funktionär, der „Nachrichtenchef“ im Bundesamt Jenö von Egan-Krieger, nimmt in einem Nachkriegsbrief an die Witwe Wagners in Anspruch, sein ehemaliger Chef habe ihn über den unmittelbar bevorstehenden Umsturzversuch informiert. Nur durch Wagners Schweigen im Verhör sei Egan-Krieger gerettet worden. (Kopie des Briefes von Herrn Klaus Zehe, Wagners Enkel, dem Verf. zur Verfügung gestellt).

II. Ferdinand von Lüninck

Ferdinand Freiherr von Lüninck gehörte zum harten Kern des Rechtskatholizismus (Klausua 1993). Um seine mehr als traditionsgebundene Weltansicht zu kennzeichnen, hier ein Beispiel. Er hielt die Monarchie für die beste Staatsform, weil sie besser als alle anderen eine dem göttlichen Sittengesetz entsprechende Ordnung gewährleiste. Dafür, so Lüninck, bürgte nicht nur der Hl. Augustinus, sondern auch „der Umstand, dass die beiden einzigen menschlichen Gemeinschaften, welche unmittelbar von Gott eingesetzt sind, die Familie und die Kirche, beide ausgeprägte und echte Monarchien sind“ (Lüninck 1925). Der Mann also solle absoluter Herrscher über Frau und Kinder sein.

Nicht besser als der Gleichberechtigung geht es bei Lüninck der Demokratie:

Gegen alle Natur wird zunächst völlige Gleichheit aller Menschen proklamiert. Die Konsequenz ist ein gleiches Wahlrecht, das dem Straßenkehrer gleiche politische Rechte zuerkennt. [...] Die menschliche Gesellschaft ist ein Organismus, kein toter Zahlenmechanismus: deswegen gilt unser Kampf der Zahlendemokratie, dem Parlamentarismus heutigen Stils (Lüninck 1925).

Das ist keine originelle eigene Erfindung Lünincks, vielmehr eine übliche Formulierung, beinahe ein Gemeinplatz, der einem in damaligen Bekundungen deutschnationaler Politiker hundertfach begegnet. Besonders oft in Verlautbarungen des Stahlhelm.

Ferdinand Freiherr von Lüninck wurde 1888 als erstes von acht Kindern auf dem westfälischen Gut Ostwig bei Bestwig geboren. Wie damals beim Landadel üblich, wurde er von Ortsgeistlichen und Hauslehrern unterrichtet, bis er mit 12 Jahren ins Jesuiteninternat Feldkirch in Österreich übersiedelte. Er studierte Jura in Münster und bestand 1913 das Große Staatsexamen. Das Kriegserlebnis prägte ihn tief. Seine Tochter, mit der er sich „oft über ein dickes Fotoalbum mit Kriegsbildern“ gebeugt hatte, schreibt 65 Jahre später:

Dieser Krieg war für ihn, einen idealdenkenden, gesunden jungen Offizier bei einem der besten Truppenteile des kaiserlichen Heeres (...) frei von Tücke, war ihm eher ein sportlicher Kampf unter fairen Gegnern und ein Prüfstein echten Mannestums (Fürstenberg 1980:5).

Vor Lünincks monarchistischem Ideal konnten nicht einmal England und das Deutsche Reich von 1871 bestehen: Das seien keine echten Monarchien, sondern aristokratische Republiken. Ende 1932 warnt er davor, dem sterbenden liberalen Staat noch eine rein repräsentative monarchische Spitze aufzupropfen:

Hätten wir einen Monarchen nicht von Gottes Gnaden als unabhängigen Staatsführer und unparteilichen Schützer des Rechts, sondern von Gnaden der internationalen Geldmächte als den tatsächlichen Beherrschern des liberalen Staates und ihrer Hintermänner in Loge und Judentum (...), wir hätten in der Gestalt eines Louis-Philippe-Königtums das Zerrbild der Verwirklichung echt monarchischer Ideen vor uns.⁴

4 Artikel Lünincks für die Neujahrsnummer des *Deutschen Adelsblattes*, Manuskript im Archiv Lüninck.

1919 wurde Lüninck Landrat des Kreises Neuss im besetzten Rheinland. Ein belgisches Kriegsgericht verurteilte ihn 1920 zu acht Wochen Haft, weil er sich weigerte, die Namen von Bauern und Unternehmern mitzuteilen, die mit ihren Abgaben im Rückstand waren.

Nach dem Tode seines Vaters übernahm er 1921 die Verwaltung seines Gutes und schied aus dem Staatsdienst. Daneben wirkte er als Kommunalpolitiker und als Präsident der westfälischen Landwirtschaftskammer. Den von ihm geführten *Westfalenbund* überführte er in den Stahlhelm, dessen westfälischer Landesführer er 1924 bis 1928 wurde. Gemeinsam mit seinem Bruder Hermann bekämpfte er das katholische Zentrum, das in Preußen ja mit der SPD koalierte: Er betonte, dass der Katholizismus keineswegs vom Zentrum repräsentiert werde, das mit dem „gottlosen Marxismus“ gemeinsame Sache mache. Einer Partei gehörte er nicht an, denn Adel und Partei waren für ihn unvereinbar: „Denn Adel bedeutet Führung, während Partei Trennung und Zersetzung bedeutet“ (Lüninck 1925).

Anfang der dreißiger Jahre wandte sich gegen die kirchliche Verurteilung des Nationalsozialismus, dessen Bündnispartner er wurde. Wohl aus diesem Grunde ernannte Göring 1933 die beiden Brüder Lüninck zu Oberpräsidenten, also höchsten staatlichen Repräsentanten im Rheinland und in Westfalen, um die vergleichsweise skeptische katholische Bevölkerung für das Regime zu gewinnen. Jetzt wurden beide Parteigenossen.

In den folgenden Jahren vertrat Lüninck energisch den staatlichen Machtanspruch gegenüber kirchlichen Stellen. Gegen den „politischen Katholizismus“ als Erfüllungsgehilfen des Zentrums war er schon lange gewesen. Die Entlassung von Zentrumsangehörigen nach dem NS-Berufsbeamtengesetz führte er aus und forderte sie sogar in einem Fall. Vergeblich wandte er sich gegen die Entlassung eines Volksschullehrers mit fünf unmündigen Kindern wegen „Pazifismus“: Der Minister bestand darauf. Immer häufiger geriet Lüninck in Gewissenskonflikte. Als 1935 der NS-Chefideologe Rosenberg auf dem Gauparteitag in Münster sprechen sollte, forderte Bischof Graf Galen, der spätere „Löwe von Münster“, Lüninck auf, das öffentliche Auftreten dieses „Neuheiden“ im katholischen Kernland zu untersagen. Das musste Lüninck natürlich ablehnen, was zu einer öffentlichen Kontroverse zwischen Bischof und Oberpräsident führte – mit Rosenberg als lachendem Dritten.

Traditionsgemäß trug Lüninck bei der Fronleichnamsprozession in Ostwig den „Himmel“ genannten Baldachin über dem Sakrament. Aber immer wieder sah er sich zu Eingriffen in kirchliche Belange genötigt, was ihm zunehmend die Missbilligung seiner katholischen Standesgenossen eintrug. Häufig bemühte er sich, kirchenfeindliche Maßnahmen des Regimes wenigstens zu mildern, beispielsweise als 1937 der Verleger Lucas enteignet werden sollte, weil er die regimekritische päpstliche Enzyklika *Mit brennender Sorge* gedruckt hatte. Aber Lüninck saß zwischen den Stühlen und verdarb es sich sowohl mit den Katholiken als auch mit seinen Vorgesetzten.

Deshalb bot er schließlich 1937 Göring seinen Rücktritt an. Trotz höflicher Formulierung kann man sagen, dass er Göring in einem Brief den Fehdehandschuh hinwarf. Göring hatte seinen Bruder Hermann aus dem Preußischen Staatsrat geworfen und ihm in einem rüpelhaften Brief seine katholische Weltanschauung vorgeworfen. Lüninck schrieb daraufhin, wenn Göring Katholizismus und Nationalsozialismus für unvereinbar halte, so gebe er als Katholik dem Herrn Ministerpräsidenten Gelegenheit

zur Prüfung, ob er als Oberpräsident noch tragbar sei. Im Jahr darauf bat er um Entlassung, nachdem Görings Staatssekretär ihm das nahegelegt hatte.

Damit hatte Lüninck den ersten Schritt in Richtung Widerstand getan. Schon viel früher hatte er aus dem Apostelwort „Alle Gewalt ist von Gott“ gefolgert: „Befehle gegen Gottes Willen [sind] niemals bindend“ (Lüninck 1925). Von diesem abstrakten Prinzip bis zur Auflehnung gegen den im Grunde bewunderten starken Staat ist der Weg noch weit, auch wenn religiöse Motive bei vielen Widerständlern zum Entschluss beitrugen. Im Kriege tat Lüninck als Major der Reserve Dienst im Potsdamer Infanterieregiment 9, aus dem zahlreiche Männer des 20. Juli hervorgingen. Dort fand er Kontakt zum beginnenden militärischen Widerstand, und ehemalige Regimentsangehörige haben mir bestätigt, dass er schon vor Stalingrad an entsprechenden Besprechungen teilnahm. Anfang 1943 zwang ihn ein Magendurchbruch, den Dienst zu quittieren.

Auf seinem Gut besprach er im August 1943 mit einem seiner ehemaligen Offiziere bei dessen Besuch den Umsturz. Er sprach sich gegen ein Attentat aus und wollte Hitler festsetzen und von einem Ärztegremium für regierungsunfähig erklären lassen. Im Dezember 1943 sagte er Carl Goerdeler, dem designierten Reichskanzler nach dem Umsturz, seine Mitarbeit als Politischer Beauftragter im Wehrkreis XX (Danzig) zu. Damit war sein Todesurteil besiegelt, als sein Name auf den Fernschreiben der Verschwörer am 20. Juli 1944 erschien. Er wurde am 26. Juli nach einer Reise auf dem Bahnhof Bestwig festgenommen, bei der Gestapo in Dortmund und im Zuchthaus Berlin-Tegel inhaftiert, am 13. November vom Volksgerichtshof unter Vorsitz Roland Freislers zum Tode verurteilt und tags darauf hingerichtet.

Die Straße in Neuss wird nach ihm benannt werden. Mit Recht. Denn die Nationalkonservativen waren, anders als die sofort verfolgten Kommunisten und Sozialdemokraten, in starker Versuchung durch den Nationalsozialismus – wegen mancher gemeinsamer außenpolitischer Ziele und gemeinsamer ideologischer Gegnerschaften. Deshalb handelten die Nationalkonservativen so stark verspätet: Ein halbwegs handlungsfähiger Widerstand setzte nicht mit der Liquidierung des Rechtsstaats 1933, nicht mit der „Nacht der langen Messer“ 1934, nicht mit den Rassegesetzen 1935, nicht einmal mit den Novemberpogromen von 1938 ein, sondern er trieb erste zarte Blüten 1938 bei der Enthauptung der Wehrmacht (Blomberg-Fritsch-Krise), stärker in der Sudetenkrise, aber entschieden erst nach Stalingrad.

Diejenigen, die sich wandelten und zum Teil schon in der Sudetenkrise 1938, meist aber erst im Kriege zum Sturz der Gewaltherrschaft entschlossen und ihr Leben verloren, haben Ehrungen verdient.⁵ Selbst wenn sie im Kampf gegen die Weimarer Demokratie sehr viel erfolgreicher waren als im Kampf gegen Hitler.

III. Siegfried Wagner

Wagner war der letzte „Bundeskanzler“ des Stahlhelm, also Chef des „Bundesamtes“ unter den beiden Bundesführern.

Er wurde 1881 als erstes von acht Kindern eines Rechtsanwalts in Graudenz geboren. Der Vater war stellvertretender Vorsitzender des Ostmarkenvereins, und „die

5 Das gilt grundsätzlich. Aber es hat berechtigte Kontroversen um Schul- und Straßenbenennungen – und auch Umbenennungen – gegeben, wenn der betreffende Widerständler sich zu tief in nationalsozialistisches Unrecht verstrickt hatte.

Auseinandersetzungen mit polnischen Gebietsansprüchen waren Familienthema⁶. Er wurde Berufssoldat, durchlief die Generalstabsausbildung und erlebte das Kriegsende als Major und I a (Führungsoffizier) einer Infanteriedivision. Zur Zeit des Waffenstillstandes 1918 gehörte Wagner zum Generalkommando des XVII. Armeekorps in Danzig, dem auch Carl Goerdeler „als politischer Verbindungsmann“ angehörte (Ritter 1984: 26).⁷ Die Verbindung der beiden Männer riss bis 1944 nicht ab.

In die Reichswehr wurde Wagner nicht übernommen. Er blieb in Danzig, wurde Oberzoll- und Grenzkommissar der Freien Stadt und organisierte ihre Einwohnerwehr als Kommandeur.

Damit fand er sich im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit Polen um die Grenzfrage. Als Nachfolger seines Vaters wurde er 1930 Vorsitzender des Ostmarkenvereins. Im selben Jahr veröffentlichte er eine Broschüre *Die polnische Gefahr*. Er stellte kenntnisreich und differenziert die Jahrhunderte polnischer Geschichte dar und warnte vor dem polnischen „Eroberungswillen“ gegen die Grenzen des geschwächten Deutschlands. Dem deutschen Westen stehe keine überlegene Volkskraft gegenüber,

und die Verbindung zwischen weißen und farbigen Franzosen wird den rassistischen Niedergang nur beschleunigen. [...] Im Kampf um die Weichsel aber steht die junge sieggeschwellte nationalistische und imperialistische polnische Macht angriffslüsternd bereit mit ihrem genügsamen, vermehrungswilligen Volkstum und ihrer harten, scharf zusammengefassten Führung.

Da helfe keine Verständigungspolitik.

Es spitzt sich am Ende alles auf die Frage zu, Preußen oder Polen. Ohne Preußen aber kann Deutschland nicht leben (Wagner 1930).

1928 erreichte ihn ein Angebot Boliviens, dort den Generalstab aufzubauen. Eine der routinemäßigen lateinamerikanischen Revolutionen kam dazwischen. Wagner ließ sich von der Freien Stadt Danzig beurlauben und trat zunächst als Stellvertretender Bundeskanzler in den Stahlhelm ein, wurde dann 1930 Bundeskanzler des Bundes der Frontsoldaten mit bis etwa zu einer Million Mitgliedern (Berghahn 1966: 286). Zunächst arbeitete er in Magdeburg, dem Wohnsitz des Stahlhelmgründers und 1. Bundesführers Franz Seldte, dann zog der größte Teil des „Bundesamtes“ nach Berlin um. Die Familie wohnte in Potsdam.

Der im Januar 1933 zum Reichsarbeitsminister ernannte Seldte putschte sich Ende April zum „Diktator“ des Stahlhelm hoch, setzte seinen gleichberechtigten 2. Bundesführer Duesterberg ab und drängte alle Landesführer, die ihm nicht folgten, aus dem „Bundesrat“. Das „Bundesamt“ ließ er durch einen Stoßtrupp besetzen. Wagner und sein Kollege, der „Nachrichtenchef“ Jenö von Egan-Krieger sowie Duesterbergs Adjutant Graf Blumenthal wurden ihrer Ämter enthoben (Duesterberg 1949: 59 f.). Der

6 Schreiben von Wagners Enkel Klaus Zehe an den Verf. vom 4.3.2015.

7 Goerdeler versuchte vergeblich, wohl gemeinsam mit Wagner, den Kommandierenden General und den Oberpräsidenten zu bewegen, sich von der Reichsregierung loszusagen, einen „Oststaat“ zu bilden, um der Bindung an den bevorstehenden Versailler Vertrag zu entgehen. Die Polen sollten militärisch niedergeworfen, die Provinz Posen zurückerobert werden.

„Stahlhelm“ wurde nach und nach der SA eingegliedert und 1935 aufgelöst (Berghahn 1966: 263 ff).

Die uns interessierende Frage ist nun: Was hat es mit dem Widerstand Wagners auf sich, welches waren zu welcher Zeit seine Ziele und Motive? Das Bild ist am Ende klar: Er gehörte 1944 und davor zu den Männern um Beck, Goerdeler und Stauffenberg, die Hitler töten und den Nationalsozialismus beseitigen wollten, und er zahlte dafür mit seinem Leben.

Aber hat er nicht durch die Gründung der *Harzburger Front* und durch rechtsextreme Stahlhelm-Propaganda gegen das Weimarer „System“ geholfen, Hitler den Weg zu bereiten? Duesterberg, dem der Stahlhelm-Chronist Berghahn „mutigen Widerstand“ in der gesamten Zeit des Dritten Reiches attestiert (Berghahn 1966: 250), berichtet über eine Besprechung mit Seldte, Papen und Hugenberg kurz vor der Machtübergabe, am 26. Januar 1933: „Nur der überzeugungstreue, nach dem 20. Juli in den Tod gehetzte Bundeskanzler Wagner teilte restlos meine kompromisslose Auffassung“, dass Hitler nicht Kanzler werden dürfe (Dusterberg 1949: 39). Vier Tage später, nach der Vereidigung des Kabinetts Hitler, verließen Duesterberg und Wagner „voll dunkler Ahnungen [...] das Reichspräsidentenpalais“ (Duesterberg 1949: 41). Schon nach einer Besprechung mit Hitler 1931 waren sich Duesterberg und Wagner nach einem „Tobsuchtsanfall“ Hitlers einig, „dass dieser Mensch niemals in Deutschland die Macht erhalten dürfe“ (Duesterberg 1949: 14).

Das mag noch keine Ablehnung aus Prinzip gewesen sein, sondern die Konkurrenzgefühle und bösen Ahnungen der kurz darauf ausgebooteten Duesterberg-Fraktion. Zur Reichstagswahl am 5. März sollen Duesterberg und Wagner 30.000 Stahlhelmer in Berlin zusammengezogen haben, weil sie Gerüchten glaubten, dass die SA eine „Nacht der langen Messer“ plante (Duesterberg 1949: 46).

Der Bühnenautor und ehemalige Stahlhelm-Redakteur Sigmund Graff schreibt in seinen Erinnerungen, Wagner habe ihm und Seldte 1933 einen „vertraulichen Lagevortrag“ in einem leeren Speisewagen zwischen Nürnberg und Berlin gehalten: Die NSDAP bestehe auf Alleinherrschaft und wolle den Stahlhelm „fressen“. „Wenn wir nicht gefressen werden wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als sie zuerst zu fressen.“ Man könne einen Frontsoldatentag mit dreißig Marschbataillonen in der Lüneburger Heide zusammenziehen, mit „unserer Kraftfahrerstaffel“ nach Berlin werfen und die Reichskanzlei, den Rundfunk, die Kommandostellen der SA besetzen. Man werde das ehemalige *Reichsbanner* und die Arbeiterschaft zu Massendemonstrationen gegen die NSDAP aufrufen. Göring könne vielleicht sogar abgeworben werden, wenn man ihm eine führende Stellung verspreche. Natürlich sagte Seldte Nein (Graff 1963: 119 f.). Graff nennt keinen Zeitpunkt für diese Besprechung, aber wenn Seldte schon Reichsminister und Wagner noch Bundeskanzler war, wie er schreibt, dann wäre es zwischen Februar und April 1933 gewesen.

Was hier auf den ersten Blick nach einer Räuberpistole aussieht, gewinnt zunächst auch nicht dadurch an Glaubwürdigkeit, dass Graff 1933 im Propagandaministerium Mitarbeiter des Reichsdramaturgen Schlösser wurde. Dieser Dienstposten und Graffs eigentlicher Beruf als Bühnenautor könnten seine Phantasie beflügelt haben. Es ist aber keineswegs unmöglich, dass der gelernte Generalstäbler Wagner eine Studie entwarf, wie zwischen der Machtübergabe am 30. Januar und der endgültigen Machtergreifung im Laufe des Jahres 1933 der große Konkurrent noch entmachtet werden könnte. Schmiedete doch noch bis zum Sommer 1934 eine jungkonservative Gruppe

in Papens Vizekanzlei Pläne für einen konservativen Putsch gegen die Regierung mit Hilfe von Hindenburg und der Reichswehr. Seriöse Historiker halten es für belegt, dass Papens Redenschreiber Edgar Julius Jung sogar ein Attentat auf Hitler plante (Jones 1993). Erst die Mordserie während des angeblichen „Röhm-Putsches“ am 30. Juni 1934 zertrat diese zarten Triebe einer konservativen Opposition, Jung und andere wurden ermordet und die Konservativen belehrt, wozu Opposition führen würde. Die Reichswehr war Hitler dankbar für die Ausschaltung der SA-Konkurrenz und schied damit als Gegenmacht aus.

So viel steht fest, dass Wagner nicht wie viele andere nationalkonservative Männer des 20. Juli jahrelang verblendet oder opportunistisch Hitler gefolgt ist. Ob seine Haltung zunächst nur das Ressentiment des unterlegenen Konkurrenten war und wann sie sich zur Empörung über die Verbrechen des Regimes verdichtete – wir wissen es nicht. Aber gewiss hatte seine persönliche Erfahrung mit Hitler und seinen Schergen seinen Blick auf das Regime geschärft.

Es gab sie, die „Stahlhelmopposition“ (Duesterberg 1949: 87). Duesterberg selbst wurde am 30. Juni 1934 im KZ Dachau, dann im Berliner „wildem“ SA-KZ Columbia-Haus inhaftiert und kam wohl nur durch Hindenburgs Intervention mit dem Leben davon. Er spricht von „mindestens 10 Stahlhelmkameraden in Kolumbia, wenn nicht noch mehr“; darunter war auch Wagners ehemaliger Adjutant Palombini. Berghahn urteilt, die Stahlhelmopposition habe nicht in prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit Hitler, sondern im Gefühl gewurzelt, übervorteilt worden zu sein (Berghahn 1966: 271). Dennoch war Duesterberg nicht erst nach den Misshandlungen in Dachau und Columbia ein entschiedener Hitler-Gegner. Wolfgang Sauer schreibt, Duesterberg habe später zur Widerstandsgruppe um Goerdeler Kontakt gefunden, der aber nicht so eng gewesen sei, dass er in den Strudel des 20. Juli geraten wäre (Sauer 1959). Duesterberg selbst aber betont, er habe sich mit Goerdeler im Kriege heimlich alle zwei bis drei Monate getroffen. Zum letzten Mal im Sommer 1944 gemeinsam mit Wagner „stundenlang im Park von Sanssouci“, wo Goerdeler von seinen Besprechungen mit Beck und Witzleben berichtet habe (Duesterberg 1949: 109 ff.). „Etwa im März 1944“ habe ihn „der alte Kolumbianer, Freiherr von Palombini“ im Auftrag von General Olbricht und Oberst Wagner gebeten, während des Umsturzes den ehemaligen Stahlhelm zur Aktion gegen Hitler aufzurufen. Er solle dazu in Wagners Potsdamer Wohnung umziehen. Duesterberg lehnte ab. „Wegen der Spitzelei war die Schaffung einer Stahlhelmopposition nicht möglich“ (Duesterberg 1949: 113).

Wie immer diese Berichte im Einzelnen zu bewerten sind, es steht fest, dass Siegfried Wagner spätestens im Kriege in der Verschwörung aktiv war, die zum 20. Juli führte. Er trat nach dem gewaltsamen Ende seiner Stahlhelm-Karriere 1934 oder 1935 in die Wehrmacht als „Oberstleutnant (E)“⁸ ein. Im Allgemeinen Heeresamt (AHA) stand er seit 1940 unter dem Befehl von Friedrich Olbricht⁹, General der Infanterie und Chef des AHA. Zunächst hatte er ein Referat in der Abteilung Ersatzwesen. 1941

8 „Ergänzungsoffizier“, reaktivierter ehemaliger Offizier.

9 Duesterberg schreibt (1949: 110), Olbricht sei nach 1919 und vor seiner Reaktivierung Stahlhelmer gewesen. Das klingt angesichts seiner positiven Einstellung zur Republik zunächst erstaunlich, aber der Stahlhelm entwickelte seine rechtsextreme Haltung erst allmählich.

zum Oberst befördert, erlebte er den 20. Juli als Abteilungschef im AHA im Oberkommando des Heeres und zugleich im Wehrersatzamt des OKW.¹⁰

Es steht zu vermuten, dass Wagner mit seinem Amtschef Olbricht den Umsturzversuch vorbereitete. Er stand zwar auch mit Goerdeler in langjährigem Kontakt, der die „Politischen Beauftragten“ auswählte, aber die Bestellung der Verbindungsoffiziere war Sache Olbrichts.

Als Wagners Name am 20. Juli auf den Fernschreiben der Verschwörer als Verbindungsoffizier zum Wehrkreis XI (Hannover) erschien, war sein Todesurteil gesprochen. Schon lange vorher hatte er seiner Familie gesagt: „Mich dürfen sie nicht lebend kriegen, ich weiß zu viel.“¹¹ Als er am 23. Juli verhaftet werden sollte, stürzte er sich aus dem Fenster seiner Potsdamer Wohnung im dritten Stock. Schwer verletzt brachte man ihn in das KZ Sachsenhausen, wo er am 26. Juli 1944 verstarb.

IV. Werner Schrader

Werner Schrader wurde 1895 in dem kleinen Rottorf, heute Ortsteil von Königslutter, als Sohn eines Landwirts und Milchhändlers geboren.¹² Von seinem 14. bis 20. Lebensjahr besuchte er das Herzogliche Lehrerseminar in Wolfenbüttel. Das war damals der nahezu einzige Weg für unbemittelte, begabte Kinder, über den Lehrerberuf zu höherer Bildung zu gelangen. In dieser Zeit war er Pensionsgast in der pietistisch-religiösen Familie eines Kantors Carl Oelker, dessen sechs Söhne alle Theologie studierten. Diese Familie prägte und begleitete ihn bis zum Lebensende.

1915 wurde er Soldat, 1917 Leutnant, 1918 Hilfslehrer. Etwa 1920 trat er in den Stahlhelm ein. Die Deutsche Volkspartei verließ er 1926, weil sie sich mit der Republik abgefunden hatte. Nach der Mittelschullehrerprüfung wurde er 1923 Oberlehrer an einer konservativ orientierten Oberrealschule. Dort stand man seiner außerschulischen Tätigkeit wohlwollend gegenüber, sodass seine Nebentätigkeit im Stahlhelm rasch zu seinem Lebensinhalt werden konnte. 1927 wurde er Landesführer in Braunschweig.

In einer programmatischen Rede erklärte er: „Wir hassen das heutige System, und wir bekämpfen seine Urheber und Hauptträger, die Roten.“ Die Parteien gehörten als Ausdruck des Liberalismus dem 19. Jahrhundert an, aber „das 20. Jahrhundert bringt die Herrschaft des nationalistischen Frontsoldatentums“ (Roloff 2000: 126).

Für die NSDAP äußerte Schrader anfangs Sympathie. Er näherte sich, gemeinsam mit seinem Freund Friedrich Wilhelm Heinz, dem linken nationalrevolutionären Parteiflügel um die Gebrüder Strasser an (Meinl/Krüger 1994: 42). Aber es kam bald zum Konkurrenzkampf mit dem Stahlhelm, zu Reibereien und sogar zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die NSDAP erklärte die Mitgliedschaft bei ihr und im Stahlhelm für unvereinbar. Schrader sah nun im Nationalsozialismus einen „nicht zu Ende gedachten Kommunismus“. Den Stahlhelm wollte er als Gegenmacht stärken.

Nach Hitlers Machtübernahme schrieb Schrader an Duesterberg, er werde „Druck auf die Nationalsozialisten“ ausüben, um zu „verhindern, dass die schwarz-weiß-rote

10 OKW-Chef Keitel hatte schon länger die Entmachtung Fromms, des Befehlshabers des Ersatzheeres, betrieben und sich Teile von dessen Amtsbereich in das OKW geholt. Wagner unterstand also sowohl dem AHA als auch dem OKW. Der Chef des AHA wurde in Personalunion Chef des Wehrersatzamtes im OKW. Vgl. Kroener 2005: 615.

11 Bericht seines Enkels Klaus Zehe an den Verf.

12 Ich folge der Darstellung von Roloff (2000).

Kampffront von den Nationalsozialisten überrannt wird. [...] Den Nationalsozialisten gegenüber hilft nur äußerste Frechheit“ (Roloff 1961: 148).

Daraufhin öffnete der Braunschweiger Stahlhelm seine Mitgliedschaft ehemaligen Mitgliedern des verbotenen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Der Braunschweiger Stahlhelm hatte 400 Mitglieder, aber am 27. März 1933 standen bis zu 3.000 Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten vor dem vom Stahlhelm beschlagnahmten AOK-Gebäude, um sich registrieren zu lassen. Der nationalsozialistische Innenminister des Freistaates Braunschweig, Dietrich Klagges, wertete das als „Stahlhelm-Putsch“, setzte Schlägertrupps aus SA, SS und Polizei ein und ließ viele ehemalige Reichsbanner-Mitglieder schwer misshandeln. Sämtliche Stahlhelm-Funktionäre kamen für einige Tage ins Zuchthaus Wolfenbüttel, Schrader verlor außerdem seinen Posten als Landesführer und seinen Brotberuf als Lehrer.

Er wurde vor einem Sondergericht angeklagt, aber man stellte das Verfahren aufgrund einer Amnestie ein. Vorübergehend bot Seldte Schrader Unterschlupf in seinem Reichsarbeitsministerium. Dann schaffte er es in Wolfenbüttel vorübergehend noch einmal in den Schuldienst, musste aber dem Druck der NSDAP weichen. Der preußische Kultusminister Bernhard Rust, ehemals Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, verbot die von Seldte angestrebte Übernahme Schraders in den preußischen Schuldienst.

Wahrscheinlich rettete ihn nur der Eintritt in die Wehrmacht vor weiterer Verfolgung (Mein/Krüger 1994:16).¹³ Dabei scheint sein ehemaliger Stahlhelmkamerad Friedrich-Wilhelm Heinz geholfen und auf Canaris und Oster eingewirkt zu haben. Heinz selbst war 1936 als „Ergänzungsoffizier“ im Amt Ausland/Abwehr untergekommen und damit der Verfolgung durch die Gestapo entkommen. Er sammelte alte Stahlhelm- und Freikorps-Kameraden um sich.

Schraders wachsende Regimegegnerschaft war nicht zuletzt in seiner lebenslangen pietistischen Religiosität begründet – eine Parallele zu Lüninck und manchen anderen Widerständlern, zum Beispiel Helmuth James von Moltke. Dieser sah im Christentum, das vor dem Krieg kaum eine Rolle seinem Leben gespielt hatte, die letzte Bastion gegen die Barbarei. Denn der Nationalsozialismus hatte ja fast alle Festungen der Moral und des menschlichen Anstands erfolgreich geschleift.

In Hitler sah Schrader zunehmend eine Erscheinung des „Antichrist“ – ähnlich Hans-Bernd von Haefen, der Hitler vor dem Volksgerichtshof als „großen Vollstrecker des Bösen“ bezeichnete. Im Amt Ausland/Abwehr war Schrader von Dietrich Bonhoeffer beeindruckt und beeinflusst, der ebenfalls dort tätig war. Schrader entschied sich, aktiv an einem Attentat mitzuwirken.

1943 wurden Dohnanyi und Bonhoeffer verhaftet, Oster und Anfang 1944 auch Canaris ausgeschaltet, die Abwehr weitgehend demontiert und größtenteils dem Reichssicherheitshauptamt einverleibt. Ein kleiner Rest verblieb beim Oberkommando des Heeres mit Oberst Georg Alexander Hansen, Oberst Wessel Freiherr Freytag von Loringhoven und Oberstleutnant Schrader – alle drei Opfer des 20. Juli. Hansen und Schrader gelang die Vertuschung, als die Geheime Feldpolizei zwei Offiziere des Widerstands im ostpreußischen Heereshauptquartier beim Vergraben von Sprengstoff

¹³ Canaris bewahrte Schrader „buchstäblich in letzter Minute vor der Verhaftung“ (vgl. Mein/Krüger 1994: 16).

beobachtet hatte. Schrader nahm den Sprengstoff in Verwahrung und leitete ihn später an Stauffenberg weiter.

Acht Tage nach dem 20. Juli erschoss sich Schrader im Lager des OKH in Zossen, um nicht in die Hände der Gestapo zu fallen. Das geheime Material, das Hans von Dohnanyi und andere über Jahre für einen Prozess gegen das Regime gesammelt hatten, wurde Monate später in Schraders Panzerschrank gefunden und löste weitere Morde aus.

V. Stahlhelm und Widerstand

Meine anfängliche Vermutung war, die ideologische Nähe des Stahlhelms zur NSDAP müsste dazu geführt haben, dass der verspätete nationalkonservative Widerstand bei Stahlhelmern besonders spät einsetzte. Diese Hypothese hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die Konkurrenz der beiden feindlichen Brüder scheint den Zorn vieler Stahlhelmer auf das NS-Regime früh beflügelt zu haben.

Das zeigt sich nicht bei Lüninck, aber der war ja schon den zwanziger Jahren aus der Landesführung und dem Bundesrat des Stahlhelm ausgeschieden. Sein bedächtiger Weg aus der Euphorie über die wachsende Distanz in den aktiven Widerstand erst mitten im Krieg entspricht der Erwartung über den verspäteten nationalkonservativen Widerstand.

Ganz anders bei den bis 1933 aktiven Stahlhelmführern Wagner und Schrader. Bei ihnen führte die Zerschlagung ihres Verbandes zur frühen Desillusionierung, die sich rasch zur Regimegegnerschaft steigerte. Das gilt auch für ihre Mitarbeiter von Palombini, Graf Blumenthal und den schon 1938 zum Tyrannenmord entschlossenen Friedrich-Wilhelm Heinz. Mit ihm gehörte auch der ehemalige Jungstahlhelmführer Blumenthal zu dem Stoßtrupp, der in der Sudetenkrise Hitler erschießen wollte (Meinl/Krüger 1994: 48).¹⁴ Heinz repräsentiert idealtypisch das konterrevolutionär-militante Milieu der Freikorps, der terroristischen Geheim-Organisation Consul – zu ihr gehörte auch sein späterer Chef Canaris – und des Stahlhelm. Ein Milieu, aus dem nicht nur die Morde an Erzberger und Rathenau und ein erbitterter Kampf gegen die Demokratie hervorgingen, sondern am Ende auch ein respektheischender Beitrag zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

LITERATUR

- Berghahn, Volker R. (1966): *Der Stahlhelm Bund der Frontsoldaten*, Düsseldorf.
- Duesterberg, Theodor (1949): *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel und Hannover.
- Fürstenberg, Marie-Theres Freifrau von (1980): *Erinnerungen an meinen Vater Ferdinand Freiherr von Lüninck Ostwig*, Privatdruck.
- Graff, Sigmund (1963): *Von S.M. zu N.S. Erinnerungen eines Bühnenauteurs (1900 bis 1945)*, München.
- Jones, Larry E. (1993): *The Limits of Collaboration. Edgar Jung, Herbert von Bose, and the Origins of the Conservative Resistance to Hitler 1933-34*, in: Larry E. Jones und James Retallack (Hg.): *Between Reform, Reaction and Resistance: Studies in the History of German Conservatism from 1789 to 1945*, Providence R.I.-Oxford, 465-501.

¹⁴ Blumenthal war laut Telefonverzeichnis des Allgemeinen Heeresamtes von 1943 Leiter der Chefgruppe der Amtsgruppe Ersatzwesen und Allgemeine Truppenangelegenheiten, deren Chef Oberst Wagner gewesen war.

- Klaus, Ekkehard (1993): Vom Bündnispartner zum „Hochverräter“. Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers Ferdinand von Lüninck, in: Westfälische Forschungen 43, 530-571.
- Kroener, Bernhard (2005): Generaloberst Friedrich Fromm, Paderborn.
- Lüninck, Ferdinand Freiherr von (1925): Der moderne Staat und die Stellung des Adels in ihm, in: Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern, Sozialpolitischer Kurs zu Kleinhäubach, München.
- Meinl, Susanne, Dieter Krüger (1994): Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1994, 39-69.
- Ritter, Gerhard (1984): Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 4. Aufl. Stuttgart.
- Roloff, Ernst August (2000): Aufstand des Gewissens oder Rebellion der Enttäuschten. Motive des nationalkonservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, am Beispiel des Wolfenbütteler Oberstleutnants Werner Schrader, in: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweiger Landesmuseums, 121-152.
- Roloff, Ernst-August(1961): Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover.
- Sauer, Wolfgang (1959): Duestenberg, in: Neue Deutsche Biographie Bd. 4, 176.
- Wagner, Siegfried (1930): Die polnische Gefahr (Schriftenreihe des Nahen Ostens), Berlin.

Zusammenfassung

„Der Stahlhelm Bund der Frontsoldaten“ kämpfte Seite an Seite mit der NSDAP gegen das Weimarer „System“ und half 1933 als Koalitionspartner im „Kampfbund Schwarz-Rot-Gold“ Hitler in den Sattel. Wenn dennoch zahlreiche Stahlhelmer im konservativen Widerstand im Kriege eine Rolle spielten, so liegt die Vermutung nahe, dass sie als militaristische Reaktionäre erst spät in den ohnehin verspäteten nationalkonservativen Widerstand fanden. Diese Hypothese hat sich nicht bestätigt. Gerade führende Stahlhelmer wie der „Bundeskanzler“ Siegfried Wagner und der Landesführer Werner Schrader brachen früh mit dem NS-Regime. Zunächst wahrscheinlich als unterlegene Rivalen um die Macht, dann als entschlossene Kämpfer gegen die Gewaltherrschaft. Ihr Kamerad, Landesführer Ferdinand von Lüninck, brauchte länger, aber alle drei und mehrere ihrer Stahlhelm-Kameraden verloren ihr Leben im Widerstand.